Der Bürgermeister teilte mit, dass unter diesem TOP gleichzeitig der gemeinsame Antrag von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DS-Nr. 15/0377, mitbehandelt werde.
Dann erteilte der Bürgermeister Herrn Bambeck als Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses das Wort.
Herr Bambeck teilte daraufhin über die Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss folgendes mit:
„Der Rechnungsprüfungsausschuss macht sich den durch die örtliche Rechnungsprüfung erstellten Prüfungsbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 und den eingeschränkten Bestätigungsvermerk zu eigen und fasst das Ergebnis seiner Beratungen in dem anliegenden eigenen Bestätigungsvermerk, der in der Sitzung vom Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unterzeichnet wird, zusammen. Dieser Bestätigungsvermerk wird der Niederschrift des Rechnungsprüfungsausschusses beigefügt."
Herr Knülle führte zu den eingebrachten gemeinsamen Antrag aus, dass dies als ein Prüfauftrag anzusehen ist. Ferner führte er aus, dass die SPD-Fraktion dem Jahresabschluss sowie der Entlastung des Bürgermeisters zustimmen werde.
Herr Schell führte u.a. aus, dass seine Fraktion dem Prüfauftrag zustimmen werde. Weiter führte er aus, dass seine Fraktion wie im Rechnungsprüfungsausschuss beschlossen, dem Jahresabschluss, der Entlastung des Bürgermeisters sowie dem eingeschränkten Bestätigungsvermerk ebenfalls zustimmen werde.
Frau Schmidt führte für die Fraktion Aufbruch aus, dass sie ebenfalls zustimmen werden. Gleichzeitig führte sie aus, dass ihre Fraktion den eingeschränkten Bestätigungsvermerk für rechtlich nicht korrekt ansieht.
Herr Kammel begründete kurz, warum seine Fraktion dem eingeschränkten Prüfungsvermerk im Rechnungsprüfungsausschuss zugestimmt habe.
Herr Metz führte u.a. aus, dass seine Fraktion dem eingeschränkten Bestätigungsvermerk ebenfalls zustimmen werde.
Frau Jung dankte in ihren Ausführungen dem Rechnungsprüfungsamt für die geleistete Arbeit. Gleichzeitig führte sie aus, dass ihre Fraktion dem Prüfauftrag zustimmen werde.
Frau Bergmann-Gries ging in ihren Ausführungen auf die Bewertung der Grundstücke durch den aus ihrer Sicht unabhängigen Gutachterausschuss ein. Weiter führte sie aus, dass der Gutachterausschuss angeschrieben worden sei, ob dies mit der Bewertung der Grundstücke so weiter gehen soll. Gleichzeitig teilte sie mit, dass seitens der Politik und der Verwaltung überlegt werden soll, was mit dem Grundstück „Am Butterberg" geschehen bzw. was dort gebaut werden soll.
Herr Köhler führte u.a. aus, dass sich die Stadt bisher immer den Aussagen des Gutachterausschusses angeschlossen habe. Aber die derzeitigen Aussagen dieses Ausschusses stelle er in Frage.
Zum Prüfauftrag teilte Herr Köhler mit, dass dieser Auftrag als eigenständiger Punkt beschlossen werden sollte.
Abschließend teilte Herr Köhler mit, dass aus seiner Sicht dieser Auftrag nicht nur mit dem Aufbau eines Früherkennungssystems für den Bereich Asyl sondern zusätzlich für andere Bereiche erweitert werden sollte.
Herr Schell führte u.a. aus, dass die vom Gutachterausschuss ermittelten Werte nicht nachvollziehbar sind.
Herr Knülle führte u.a. aus, dass der Gutachterausschuss sich bestimmt ausführlich mit der Bewertung befasst und entsprechende Kriterien berücksichtigt habe.

Im Rat herrschte Einvernehmen darüber, dass über dem gemeinsamen Antrag als Prüfauftrag separat abgestimmt werden muss.

Dann fasste der Rat bezüglich des Prüfauftrages folgenden Beschluss:

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis des Jahresprüfungsberichts 2014 wird die Verwaltung beauftragt, kurzfristig mit dem Aufbau eines Früherkennungssystems für den Bereich Asyl mit Unterstützung der örtlichen Rechnungsprüfung zu beginnen und im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Rat über die Umsetzung zu berichten.

einstimmig

Somit ist dieser Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt.

Danach fasste der Rat folgende Beschlüsse:

Protokollnotiz:
Der Bürgermeister nahm an den Abstimmungen zu den Punkten 1 bis 3 nicht teil.